

BLICKPUNKT ZUKUNFT

BLICKPUNKT ZUKUNFT

**Zeitschrift mit Beiträgen und Zeitdokumenten
zur Zukunfts- und Friedensdiskussion**

WISSENSCHAFT IN DER VERANTWORTUNG
WISSENSCHAFT IN DER VERANTWORTUNG
WISSENSCHAFT IN DER VERANTWORTUNG
VDW VEREINIGUNG DEUTSCHER
WISSENSCHAFTLER E. V.
VERANTWORTUNG IN DER WISSENSCHAFT
VERANTWORTUNG IN DER WISSENSCHAFT
VERANTWORTUNG IN DER WISSENSCHAFT

Herausgeber: Werner Mittelstaedt und die
Vereinigung Deutscher Wissenschaftler – VDW e.V.

ISSN 0720-6194

Bei Einzelbestellung:
6,-- Euro / US-\$ 9,--

Redaktion:
BLICKPUNKT ZUKUNFT
Werner Mittelstaedt
Ecksteins Hof 50
D-45721 Haltern am See

E-Mail:
werner.mittelstaedt-gzs@t-online.de

Ausgabe 1 – 60 als Volltext im Internet!
WWW.BLICKPUNKT-ZUKUNFT.COM

Gegründet 1980 von Werner Mittelstaedt

VIEWPOINT FUTURE

Ausgabe 60 · April 2014 · 34. Jahrgang

Editorial

Liebe Kolleginnen und Kollegen – auf ein Wiedersehen,

im September 2006 habe ich - von außen kommend - die Geschäftsführung der VDW übernommen.

Ich glaube, nach diesen sieben Jahren optimistisch und auch selbstbewusst sagen zu können, wir haben die VDW vorangebracht und sie zu einem nicht unwichtigen Partner in der wissenschaftlichen und zivilgesellschaftlichen Debatte um Frieden und Nachhaltigkeit mit ihren vielfältigen Verästelungen und Zugängen gemacht: Future of Food oder das Projekt Forschungswende, die Jahrestagungen, sowie die Veranstaltungen zum 100. Geburtstag von Carl Friedrich von Weizsäcker seien nur als wenige Beispiele genannt. Nicht viele Geschäftsführer haben das Vergnügen und die Freude, den 50. Jahrestag ihrer Organisation mit zu organisieren, wie ich es mit der Festveranstaltung, dem Kongress mit der Deutschen Physikalischen Gesellschaft und dem Buch 50 Jahre VDW durfte. Weiter entwickeln konnten wir auch die Zusammenarbeit mit Pugwash mit dem Höhepunkt des Weltkongresses von Pugwash 2011. Erfolgreiche - wenn auch teilweise lähmende - Whistleblower Preisverleihungsveranstaltungen konnten wir durchführen.

Wir haben eine VDW im Umbruch (und dies meine ich nicht nur als Generationswechsel) wissenschaftlich, gesellschaftlich und politisch weiter gestalten und entwickeln können. Dabei helfen zu können, war eine tolle Aufgabe.

Es ist an mir Dank zu sagen für die vielfältige Unterstützung, die ich erfahren habe, für die unzähligen Gespräche und Diskussionen, für regen Austausch und Hilfe, die die „VDW Familie“ mir gab. Mein Dank gilt besonders den beiden Vorsitzenden meiner Amtszeit, Stephan Albrecht und Ulrich Bartosch, mit denen ich eng und vertrauensvoll zusammenarbeiten konnte. Dank an alle Vorstandsmitglieder, mit denen mich eine vielfältige Zusammenarbeit verband und verbindet. Viele Diskussionen haben uns in dieser streitbaren Organisation VDW zusammengeführt, die durch die Vielfältigkeit der VDW und der in ihr mitwirkenden Persönlichkeiten eine besondere Lebendigkeit erfahren.

Ohne das „kleine Team“, das mich in all den Jahren ungeheuer engagiert, oft selbstlos und mit viel aufgebrauchter Zeit (für wenig Geld) unterstützt hat, wäre das

alles nicht denkbar gewesen – euch allen noch einmal herzlichen Dank.

Es ist, wie oft im Leben, ein lachendes und ein weinendes Auge. Es ist einerseits schön eine auch manchmal als Last und besondere Verantwortung empfundene Verpflichtung los zu werden, andererseits verbinden mich mit der VDW über diese sieben Jahre viele Bande und Verbindungen, die sicher mit meinem Ausscheiden als Geschäftsführer nicht vorbei sein werden. Als Berater des Vorstandes/der Geschäftsführung bleibe ich der VDW ja bis Ende 2014 noch erhalten – abreißen werden die Bande sicher auch danach nicht.

Die inhaltliche Verbindung in dem so notwendigen aber auch so zähen Ringen um Frieden (dies schreibe ich in einer Situation aktueller Friedensbedrohung in Europa) und einer nachhaltigen Entwicklung unserer Gesellschaft und der Welt/des Planeten verbinden uns sicher weiterhin. Ich freue mich aber auch auf die neuen Herausforderungen, wie sie u.a. in meiner neuen Position als Co-Präsident des Internationalen Peace Bureaus bestehen.

Ich wünsche meiner Nachfolgerin Ulrike Wunderle alles Gute und viel Erfolg.

Wir sehen uns sicher wieder, dort, wo sich Menschen für Frieden, Nachhaltigkeit und Gerechtigkeit engagieren.

Reiner Braun

Die Themen:

**Mit Beiträge von Tanja Kleibl, Julia Pippig,
Ulrike Beisiegel und Jørgen Randers**

Als farbige Einlage: VDW-Informationen

Bücher:

Ariane Leendertz

Die pragmatische Wende

Impressum

**In eigener Sache – die Zukunft von
BLICKPUNKT ZUKUNFT**

Good Governance, Globalisierung und Transformation: Eine Debatte um Funktion der Zivilgesellschaft und Wirkung von NGOs

von Tanja Kleibl*

Seit mehr als zehn Jahren begleite ich Programme zur Stärkung von Zivilgesellschaft mit verschiedenen staatlichen und nicht-staatlichen Organisationen der Entwicklungszusammenarbeit (EZ). Während dieser Zeit bin ich unausweichlich auch mit der Debatte über ‚Good Governance‘¹ konfrontiert worden. Hinter dem Ziel von ‚Good Governance‘ stehe ich, wie viele andere Sozialwissenschaftler und Praktiker der EZ aus normativer Überzeugung. Die Umsetzung der Strategien bietet aber Anlass zur Kritik, v.a. was die Rolle und Relevanz von Nichtregierungsorganisationen (NGOs) betrifft.

Im Rahmen dieses Artikels möchte ich deshalb meine Erfahrungen in der Arbeit mit diversen NGOs² innerhalb unterschiedlichster Handlungsräume aufarbeiten und in den Kontext der inzwischen vermehrt kritisch betrachteten ‚Good Governance‘ Strategien der EZ stellen. Der Artikel beruht somit auf der anwendungsbezogenen Forschungserfahrung der Autorin und hat nicht den Anspruch, eine neue wissenschaftliche Theorie zu entwerfen.

Ich möchte unterstreichen, dass es mir hier eben nicht um weitere Begriffsdefinitionen geht, sondern vielmehr um die Offenlegung und Erklärung einer von mir erlebten kontinuierlichen Spannung. Diese bewegt sich zwischen normativen Debatten einerseits und der Realität andererseits³. Diese Spannung zu verstehen, bedeutet für mich gleichzeitig, die Notwendigkeit der Funktion von Zivilgesellschaft grundsätzlich anzuerkennen und der Zivilgesellschaft einen substantiellen Raum, außerhalb von Staat und Markt (und Familie), im Kontext von gesellschaftlicher Transformation, zuzuordnen.

Deshalb sollen nun einige ‚Thesen und Reflektionen‘ aus der Praxis folgen. Diese spiegeln unterschiedliche Debatten innerhalb der Wissenschaft und Praxis wider und möchten zur praxisorientierten wissenschaftlichen Diskussion beitragen.

These I: Zivilgesellschaft ist ein umstrittenes, auf alle Fälle aber ein komplexes Konzept, das in der Realität in zu großem Maße simplifiziert wird.

- Ein komplexes als auch ‚altes‘ Konzept wie das der Zivilgesellschaft, lädt unwillkürlich zu unterschiedlichen Interpretationen ein. Obwohl es diverse Defini-

**Die Autorin dieses Artikels ist Doktorandin an der Dublin City University und Lehrkraft für besondere Aufgaben an der Katholischen Universität Eichstätt-Ingolstadt. Tanja Kleibl ist für Kommentare und Feedback zu dem Artikel unter der folgenden E-Mail-Adresse kontaktierbar: tanjakleibl@gmx.de*

¹ Das Konzept von ‚Good Governance‘ wurde von dem UN Sonderbeauftragten für Menschenrechte genauer ausgeführt. In der Resolution 2000/64 hat die UN Menschenrechtskommission folgende Schlüsselattribute identifiziert: Transparenz, Verantwortung, Rechenschaft, Partizipation/Teilhabe, (systemische) Reaktionsfähigkeit (auf die Bedürfnisse von Bürgern). Dieses Konzept verwirft reglementierende Ansätze von Entwicklungszusammenarbeit und steht für eine implizite Bestätigung des Menschenrechtsansatzes in der Entwicklungszusammenarbeit.

² Dieser Artikel nutzt den Begriff *non-governmental organization* (NGO) als eine breite Kategorie von Organisation die zivilgesellschaftliche selbstorganisierte, themenzentrierte und sektorale Interessensgruppen einschließt. Diese Gruppen existieren grundsätzlich in einem Raum zwischen Staat und Ökonomie und zeichnen sich durch folgende Kriterien aus: Gemeinnützigkeit, freiwillige Mitgliedschaft, Nichtstaatlichkeit (Vgl. David, Lewis and Nazneen Kanji (2009), *Non-Governmental Organizations and Development*, S. 8).

³ Vgl. Bent Flyvbjerg (1998), Habermas and Foucault: Thinkers for Civil Society?, *The British Journal of Sociology*, Vol. 49, No. 2 (Jun., 1998), pp. 210-233.

tionen von Zivilgesellschaft v.a. **innerhalb der Sozialwissenschaften** gibt, bleibt das Konzept unklar und sogar **umstritten**.

- In der Praxis der Entwicklungszusammenarbeit zeigt sich die Komplexität von Zivilgesellschaft meist stark vereinfacht. Sie wird auf wenige, häufig in Hauptstädten angesiedelte, leicht zugängliche und oftmals nach spezifischen Interessen selektiv ausgewählte NGOs reduziert. Diese werden meist im Sinne des Partizipationsprinzips als Teil von ‚Good Governance‘ Strategien zur Konsultation wichtiger politischer Richtlinien und Programme eingeladen. Diese Einladung zur Partizipation führt bestenfalls zum Austausch von Gedanken, jedoch eher selten zu grundlegenden Veränderungen bereits vorformulierter Prioritäten⁴ und noch viel seltener, zur Infragestellung politischer und wirtschaftlicher Rahmenbedingungen.

These II: Die unterschiedlichen zivilgesellschaftlichen Akteure werden im Kontext der Simplifizierung des Konzepts Zivilgesellschaft unzureichend repräsentiert. Dies führt in der Praxis zu einer einseitigen Integration der Zivilgesellschaft in die Architektur der EZ.

- In der Praxis der staatlichen EZ ist festzustellen, dass das komplexe Konzept der Zivilgesellschaft oftmals einigen wenigen technisch und finanziell gut ausgestatteten NGOs übergestülpt wird. Überlegungen, ob und wie diese Organisationen mit der Basis in Verbindung stehen oder welchen Prinzipien diese Organisationen folgen, werden kaum angestellt. Es kann festgestellt werden, dass diese Art der NGOs in der Regel in hohem Maße vom Staat finanziert und von diesem sowohl geformt als auch kontrolliert werden. Eine Rechenschaft dieser NGOs besteht nicht gegenüber ihren Mitgliedern oder Zielgruppen, sondern vielmehr gegenüber ihren Geldgebern. Dies führt zu fundamentalen Zweifeln an der Repräsentativität von NGOs innerhalb des Konzepts der Zivilgesellschaft.
- Nach Auffassung vieler Sozialwissenschaftler/innen setzt sich Zivilgesellschaft in ihrem institutionellen Kern aus diversen Vereinen oder Zusammenschlüssen außerhalb der staatlichen und privatwirtschaftlichen Sphäre zusammen. Diese Vereine oder Zusammenschlüsse schließen ein breites Spektrum von Organisationen und Institutionen wie z.B. Kirchen, Kulturorganisationen, Sportvereine, Debattierclubs, unabhängige Medien, thematisch aktive Gruppen zu Themen wie Menschenrechte, Umwelt, Gender, Rasse und Sexualität sowie Graswurzelbewegungen, Berufsverbände, bis hin zu Gewerkschaften⁵ ein.
- Daraus resultieren einige Fragen. Ist die als These II aufgeführte Vereinfachung des Konzepts gegenüber einer als pluralistisch geltenden Zivilgesellschaft angebracht? Ist diese Simplifizierung für die Reduzierung sozialer Ungerechtigkeit angesichts prekärer

⁴ Vgl. Eurodad (2008), *Turning the Tables: Aid and accountability under the Paris Framework*, Syntheseresort report written by Lucy Hayes and Javier Pereira.

⁵ Vgl. Habermas Jürgen (1992), *Further reflections on the Public Sphere*, in C. Calhous (ed.) *Habermas and the Public Sphere*, Cambridge, Mass.: MIT Press.

Lebensbedingungen und sich verschärfender Armut überhaupt hilfreich? Wann und warum hat diese Vereinfachung oder starke Reduzierung von Komplexität stattgefunden? Handelt es sich hier um die teils für die Praxis unabdingbare Reduzierung von Komplexität oder eine gerade wegen der Reduktion von Komplexität erst möglich gemachte Integration von Zivilgesellschaft in die Architektur der staatlichen EZ? Letzteres ist kritisch zu betrachten, da hier v.a. die Gefahr der Kooptation und Instrumentalisierung zivilgesellschaftlicher Akteure gefördert werden könnte.

These III: Die einseitige Betonung des Effektivitätsbegriffs für zivilgesellschaftliche Akteure führt in der Praxis zur Stärkung privatwirtschaftlicher Interessen und unzureichender Wahrnehmung von Zivilgesellschaft als Protagonistin gesellschaftlicher Transformation.

- Das wurde deutlich erkennbar in den hochrangigen Foren zur Wirksamkeit der Entwicklungszusammenarbeit in Accra (2008) und Busan (2011):

Hier wurde das entwicklungspolitische Paradigma der ‚aid effectiveness‘ mit der Umsetzung konkreter Prinzipien wie Eigenverantwortung, Harmonisierung, Partnerausrichtung, Ergebnisorientierung sowie gegenseitige Rechenschaftspflicht verbunden. Die Reflektion über die globale Ungerechtigkeit, welche mit ungezügelter Wirtschaftswachstum weiter voranschreitet⁶, kam dort leider zu kurz. Es wurde vielmehr ein sehr starker Fokus auf Wirtschaftswachstum und die ‚Millennium Development Goals‘ (MDGs) gesetzt. So wurden wichtige Ziele wie die Durchsetzung der Menschenrechte und die Unterstützung von Demokratie dem Wirtschaftswachstum untergeordnet⁷. Dadurch fand während der Busan Konferenz ein Richtungswechsel statt, durch den das weltweite Entwicklungsparadigma des Neoliberalismus weiter unterstützt wird. Im Kontext des Abschlussdokumentes wurde dann auch dem Privatsektor ein unabhängiger Platz zugeordnet und dessen Entwicklung eine weitreichende Rolle in der EZ zugeschrieben. Zivilgesellschaftliche Akteure wurden abermals zur Umsetzung für die bereits von ihnen selbst durch die Istanbul Deklaration⁸ anerkannten Prinzipien der Rechenschaft und Effektivität aufgefordert – eine Gebot, das leider vom hochrangigen Forum nicht auf den Privatsektor übertragen wurde.

- Durch die einseitige Rechenschaftspflicht für zivilgesellschaftliche Akteure fällt v.a. seit Busan auf, dass EZ insgesamt, aber auch die Diversität von Zivilgesellschaft und deren Funktion⁹ vermehrt durch

⁶ Vgl. Elmar Altwater, 2013, Wachstum, Globalisierung und Anthropozän: Steigerungsformen einer zerstörerischen Wirtschaftsweise, Emanzipation Jg.3, Nr. 1.

⁷ Vgl. <http://dochasnetwork.wordpress.com/2011/12/17/busan-partnership-for-effective-development-co-operation-the-good-the-bad-and-the-new/>
⁸ NGO/CSO Leitprinzipien wurden durch eine breite NGO Allianz über die sog. Istanbul Deklaration vom ‚Open Forum for CSO Development Effectiveness‘ 2010 wie folgt artikuliert: Respect and promote Human Rights and Social Justice; Embody gender equality and equity whilst promoting women’s and girl’s rights; Focus on people’s empowerment, democratic ownership and participation; Promote Environmental Sustainability; Practice transparency and accountability; Pursue equitable partnership and solidarity; Create and share knowledge and commit to mutual learning; Commit to realize positive social change.

⁹ Zivilgesellschaft ermöglicht jenseits von Wahlen eine aktive Beteiligung von Bürgerinnen und Bürgern am politischen Leben; sie ist ein Korrektiv zum Prozess der Meinungsbildung und Entscheidungsfindung im formalisierten politischen System; sie vertritt die Interessen spezifischer Gruppen gegenüber dem politischen System; vgl. Hildegard Lingnau (2003), Zivilgesellschaft – zur Problematik

die Brille der Effektivität betrachtet werden. Aus ‚Angst‘, Finanzierung zu verlieren, werden von vielen NGOs, v.a. seit Busan, zahlreiche Stabsstellen und Abteilungen für wirkungs- und ergebnisorientiertes Arbeiten eingerichtet und neue Datenbanken sowie Kontrollfunktionen eingeführt. Ob dies der Kreativität zur Lösungsfindung von komplexen Armutsproblemen behilflich sein wird, muss sich erst noch erweisen. Doch wie sieht eine effektive Zivilgesellschaft aus? Effektivität¹⁰ per Definition ist ein Maß für Wirksamkeit, das das Verhältnis von erreichtem Ziel zu definiertem Ziel beschreibt. Es gibt Aufschluss darüber, wie nahe das erzielte Ergebnis dem angestrebten Ergebnis gekommen ist.

These IV: Diverse zivilgesellschaftliche Akteure, v.a. die NGOs, wurden seit der Busan Aid Effectiveness Konferenz vermehrt als Dienstleister und weniger als Sprachrohr für die Bedürfnisse und Belange der Bürger wahrgenommen.

- Um nochmal auf den im Artikel anvisierten zivilgesellschaftlichen Akteur NGO überzuleiten: Wie sieht innerhalb der ‚Aid Effectiveness‘ Debatte eine ‚effektive‘ NGO aus? Die meisten staatlichen Akteure und Geldgeber von NGOs wollten laut Thomas F. Carroll v.a. effektive Dienstleister, welche innerhalb vorgegebener Zeitrahmen Projektgelder auszahlen und effizient nutzen konnten. Sie wollten auch eine Sicherheit haben, dass Entwicklungsgelder ‚ordnungsgemäß‘ eingesetzt wurden und darüber hinaus den Effekt der Nachhaltigkeit produzierten, welche über Teilhabe und Verantwortung von Zielgruppen innerhalb der Projekte umgesetzt werden sollte. Letztendlich sollte die Rolle der NGOs gestärkt werden, um die Privatisierung des Staates innerhalb des Marktliberalismus voranzubringen¹¹. Daraus könnte gefolgert werden, dass mit der Einführung des Effektivitätsbegriffs Zivilgesellschaft und deren Akteure, vor allem die NGOs, zunehmender wirtschaftlicher Logik unterworfen werden und das bereits verwurzelte Prinzip der ‚output‘ Maximierung und ‚cost‘ Reduzierung, zu einer Verschärfung dieses Trends führen wird.
- Dem gegenüber steht das zivilgesellschaftliche Konzept von Jürgen Habermas, welches v.a. auf die Diversität der Akteure und deren Funktion in komplexen Gesellschaften baut und für die die Öffentlichkeit eine intermediäre Struktur darstellt, die zwischen dem politischen System einerseits, den privaten Sektoren der Lebenswelt und funktional spezifizierten Handlungssystemen andererseits vermittelt. Öffentlichkeit und Zivilgesellschaft müssen laut Habermas im Namen der Bürger, die im Zentrum ablaufenden politischen Prozesse effektiv überwachen können; d.h. sie müssen erstens Missstände wahrnehmen und sie zweitens auch thematisieren können. Die von Habermas oftmals beschriebene ‚Kommunikative Macht‘ steht im Mittelpunkt zivilgesellschaftlichen Handelns und somit auch der Funktion von NGOs; von einer staatlichen Dienstleistungs- oder Substitutionsfunktion ist hier nicht die Rede.

einer Wunschvorstellung der staatlichen Entwicklungszusammenarbeit, in Nord-Süd Aktuell, 2. Quartal 2003.

¹⁰ Online-Verwaltungslexikon, <http://www.olev.de/e/effekt.htm> (Zugang 29.12.13).

¹¹ Vgl. David, Lewis and Nazneen Kanji, 2009, Non-Governmental Organizations and Development, S. 174.

These V: Die Funktion von Zivilgesellschaft und die Wirkung Ihrer Akteure werden im Kontext der ‚Good Governance‘ Strategien in einen Topf geworfen. Funktion von Zivilgesellschaft sowie Rolle und Relevanz Ihrer Akteure werden deshalb in der realen entwicklungspolitischen Debatte unzureichend differenziert wahrgenommen.

- In der Praxis der EZ wird heute die Wirkung von zivilgesellschaftlichen Akteuren v.a. der NGOs in den Vordergrund gestellt; sollte diese von den bereits definierten ‚Good Governance‘ Strategien abweichen, wird gleichzeitig auch die Funktion von Zivilgesellschaft in Frage gestellt. Genau hier beginnt für mich das Problem, welches ich mit diesem Artikel diskutieren möchte. Da in diesem Artikel NGOs implizit als Teil der Zivilgesellschaft betrachtet werden, sind sie laut Habermas auch Teil eines gesellschaftlichen Aushandlungsprozesses von Prioritäten und für die Regulierung von Staat und Markt mitverantwortlich – so wären sie eben nicht ‚Handlanger‘ für die Privatisierung des Staates, sondern vielmehr effektive ‚Überwacher‘ zentraler politischer und wirtschaftlicher Prozesse.
- Doch wer beeinflusst die Ziele der Zivilgesellschaft, wie werden diese artikuliert und welche Rolle und Relevanz haben ihre diversen Akteure innerhalb der aktuellen und zukünftigen Entwicklungsdebatten? Welche Akteure gehören der Zivilgesellschaft an und wie definieren wir die Grenzen dieser Akteure gegenüber privatwirtschaftlichen Interessen und staatlichen Aufgaben? Diese Fragen sind überaus relevant, da bis heute in der entwicklungspolitischen Praxis für viele Akteure innerhalb der ‚Good Governance‘ Strategien die wichtigste Kompetenz und Eigenschaft der Zivilgesellschaft die Ausübung von sozialer Kontrolle und einer sog. ‚watchdog‘-Funktion auf lokaler, nationaler und internationaler politischer Ebene ist – diese geht laut Habermas vom Bürger aus. Dafür brauchen wir allerdings eine starke, organisierte und unabhängige Zivilgesellschaft, die nicht nur wegen ihrer konzeptuellen Zuordnung als Akteurin im Rahmen von Good Governance Bestand hat, sondern auch und in erster Linie wegen ihrer nicht ersetzbaren gesellschaftlichen Funktion.

These VI: Die Zuschreibung einer Funktion innerhalb einer von staatlicher EZ eingeführten Strategie führt zur Infragestellung der Unabhängigkeit und Effektivität von zivilgesellschaftlichen Akteuren.

- Die Arbeit von UNRISD¹² über die institutionellen und sozialen Auswirkungen der Globalisierung hat bereits 1997 Erkenntnisse über die unverhältnismäßige Freiheit und Macht der einflussreichsten internationalen Wirtschafts-, Finanz- und Handelsorganisationen gewonnen. Gleichzeitig wurde die Frage gestellt, ob es richtig ist, soziale Verantwortung wirtschaftlichen Interessen unterzuordnen. Zudem wurde die Hoffnung geschürt, dass die zunehmend wichtige Rolle der NGOs in der Welt die bereits ersichtliche mangelnde soziale Verantwortung ausbalancieren könnte, um der aus der sozialen und politischen Kontrolle geratenen Weltwirtschaft eine Art ‚bürgerliches soziales legitimierendes Gewissen‘ zu verleihen.
- Die oben aufgeführte Zuschreibung der Rolle von NGOs im Kontext von Wirtschaftsglobalisierung hat

¹² United Nations Research Institute for Social Development (UNRISD), 1997, Globalization and Civil Society: NGO influence in international decision-making, Geneva.

meiner Meinung nach innerhalb der staatlichen EZ zu einer ‚Instrumentalisierung‘ von zivilgesellschaftlichen Akteuren, v.a. der NGOs, und damit zu einer Einschränkung ihrer Unabhängigkeit geführt. Hier stellt sich die Frage, ob diese Tendenz jetzt auch auf den Diskurs über die Funktion des von Habermas geprägten Begriffs der Zivilgesellschaft übergreift oder sogar die Zivilgesellschaft in ihrer Funktion in Frage stellt. Sind NGOs im Kontext der aktuellen Wirtschaftsglobalisierung nicht all zu sehr auf die ‚Reparatur‘ demokratischer Ineffizienz reduziert? Viel wichtiger erscheint aus meiner Sicht die Frage, wie die Interaktion und der Diskurs von globalen Prozessen, nationalstaatlicher Kapazität und zivilgesellschaftlicher Freiheit¹³ aufeinander wirken und zivilgesellschaftliche Handlungsräume beeinflussen.

- Dementsprechend wurden zusammen mit der entwicklungspolitischen Strategie ‚Good Governance‘ verschiedene – zivilgesellschaftliche Akteure unterstützende – Instrumente entwickelt, vor allem wurden dadurch einige größere NGOs Teil der internationalen **Entwicklungshilfearchitektur**. Nur wenige radikale ökologisch-, feministisch- und menschenrechtsorientierte NGOs standen bewusst außerhalb dieser Architektur und traten für fundamentale Veränderungen sowie gesellschaftliche Transformation ein. Diese befanden sich im Spektrum sozialer und ökologischer Bewegungen¹⁴. Genau diese NGOs sehen sich seit einigen Jahren allerdings in ihrem Handlungsraum zunehmend eingeeengt. Engagierte Mitglieder und Mitarbeiterinnen sind während friedlicher innovativer Kampagnen oftmals staatlicher Willkür und Gewalt ausgeliefert¹⁵. Nicht zuletzt weil auch staatliche Entscheidungen all zu oft von wirtschaftlichen und geopolitischen Interessen anstatt von Gemeinwohlorientierung und Konsens der Bürger geleitet werden.

These VII: Zivilgesellschaft ist auch ein gesellschaftlicher Schutzmechanismus, seine Akteure können sowohl gesellschaftlichen Frieden erhalten als auch sozialen Wandel anstoßen. Dafür braucht die Zivilgesellschaft ihren eigenen Handlungsraum.

- Da nach der weltweiten Finanzkrise zunehmend auch von Seiten wichtiger globaler Finanz- und Wirtschaftsinstitutionen wie der Weltbank das neoliberale Entwicklungsmodell in Frage gestellt und über alternative Entwicklungsmodelle nachgedacht wird, erweitert sich auch das Handlungsspektrum der Entwicklungsakteure; so stehen die hegemoniale Stellung des Marktes, die Funktion eines kontrollierenden Rechtsstaates und die Rolle der Zivilgesellschaft, v.a. auch der NGOs, zunehmend im Diskurs.
- Gleichzeitig kann man feststellen, dass die Politik häufiger mit verschiedenen Formen des Protests der Bürger auf nationaler Ebene konfrontiert wird. Dieser Protest hat häufig auch regionale und darüber hinaus gehende Auswirkungen (z.B. Protestbewegungen in Nahost). Er ist oftmals die Reaktion auf die extrem ungleiche Verteilung von Einkommen und Kapital, was

¹³ Zivilgesellschaftliche Freiheit wird an dieser Stelle vor allem als das Vorhandensein politischer und bürgerlicher Rechte innerhalb eines Staates gesehen.

¹⁴ Siehe: David Lewis and Tina Wallace (2002), New Roles and Relevance, Development NGOs and the Challenge of Change, Kumarian Press, Inc.

¹⁵ Vgl. Trocaire, 2012, Democracy in Action: Protection Civil Society Space, policy report. http://www.trocaire.org/sites/trocaire/files/pdfs/policy/Democracy_in_Action.pdf & ACT Alliance, 2011, Shrinking political space of civil society action. <http://www.actalliance.org/resources/publications/Shrinking-political-space-of-civil-society-action.pdf>

im Zeitalter der Globalisierung wiederum mit weltweit ungezügelter Ökonomie und ungerechter Machtverteilung zusammenhängt. Friedliche Protestbewegungen eskalieren bei fehlender politischer Antwort und schwacher staatlicher Regulierung zu Gewalt und entwickeln sich sogar zu Bürgerkriegen. In einer solchen Situation haben zivilgesellschaftliche Akteure, noch mehr als wirtschaftliche und teils staatliche Akteure, mannigfache Potenziale Frieden und nachhaltige Entwicklung zu fördern.¹⁶ Gleichzeitig kann eine positive gesellschaftliche Transformation angestoßen werden. Oder wie Habermas sagen würde, die Umwandlung von kommunikativer in administrative Macht forciert werden.

- Es ist somit nicht verwunderlich, dass sich einige NGOs über den Einfluss von globaler wirtschaftlicher Logik auf ihre eigenen Ziele, z.B. die Bekämpfung von sozialer Ausgrenzung, tiefgreifende Gedanken machen. ACT Alliance¹⁷, eine der größten weltweit agierenden kirchlichen Netzwerkorganisationen, hat dazu 2012 die folgende Position bezogen:

“Furthermore there is an imbalance of power between countries, as well as among non-state actors (such as civil society organisations and multinational companies). Their power contributes to their interests dominating decisions, which contribute to poverty and increase inequality between countries and within countries. Powerful groups (states, companies, individuals) have more resources and more of a voice, and therefore more opportunities to develop than less powerful groups. In the global context this means groups of powerful states have more voice in global governance processes. This leads to laws and regulations that will be beneficial to them even when it is detrimental to less powerful groups. This has been seen in trade negotiations and agreements, where for years the liberalisation of trade has been pushed by industrialised countries due to their trade interests. The recent increase in power and/or wealth of some countries in the ‘developing country’ groups has resulted in such multilateral processes being stalled”¹⁸.

- Aus diesem (zivilgesellschaftlichen) Blickwinkel können dann exemplarisch auch die Verhandlungen um das aktuell viel diskutierte Transatlantische Freihandelsabkommen (TTIP) betrachtet werden. Auch hier geht es v.a. um die Konsolidierung von wirtschaftlicher Macht zu Gunsten der USA, der EU und einiger anderer Staaten und gleichgesinnter Regierungen. Im Moment organisieren sich globalisierungskritische Organisationen wie ATTAC unterstützt von Gewerkschaften, kirchlichen Netzwerken und sozialen Bewegungen, um das Abkommen zu verhindern. Von vielen Akteuren wird ein sofortiger Abbruch der Verhandlungen gefordert, aus der Perspektive vieler Mitglieder und Unterstützer dieser Proteste wird dargelegt, dass das Abkommen aus ökologischer, menschenrechtlicher, politischer und

wirtschaftlicher Logik inakzeptabel ist¹⁹. Gleichzeitig wird das Abkommen für den potenziellen Abbau sozialer und ökologischer Schutzmechanismen verantwortlich gemacht.

Abschließende Gedanken:

Es bringt uns nicht weiter, das Konzept der Zivilgesellschaft in Frage zu stellen oder seinen Abstieg zu erforschen. Viel wichtiger ist es, das Konzept zu verteidigen, die Unabhängigkeit einer vielfältigen Zivilgesellschaft einzufordern und systemorientiert an komplexe Fragen zur Machtverteilung und Einfluss heranzugehen - hier sind sowohl Universitäten, unabhängige sozialwissenschaftliche Forschungseinrichtungen als auch die Praxis der EZ gefragt. Eine engere Zusammenarbeit und der Austausch von Ideen zwischen den Institutionen und Organisationen sind wünschenswert. Die diesjährige zweite *Aid Conference* in Frankfurt mit dem Titel ‚Beyond Aid: Von Wohltätigkeit zu Solidarität‘²⁰ ist ein Anfang, der in Zukunft in konkretere gemeinsame Projekte münden sollte.

Somit möchte ich dafür plädieren, dass die verschiedenen Akteure der EZ an der wichtigen Funktion der Zivilgesellschaft festhalten und die zentrale Rolle von NGOs, als Sprachrohr und Anwalt breiter Interessen der Bürger, unterstützen und für genau diese Funktion und Wirkung der Zivilgesellschaft eintreten. Die Zeit, in der zivilgesellschaftliche Akteure vor allem als Ersatz des Wohlfahrts- oder Entwicklungsstaates gesehen worden sind, wäre dann bald vorbei und die Zivilgesellschaft bekäme den Raum, systemunabhängig zu agieren. Erst dann könnte sie ungerechte Machtverhältnisse aufdecken und soziale Transformation anstoßen.

John Gaventa (2006) hat in seinem Artikel mit dem Titel „Finding the Spaces for Change: A Power Analysis“²¹ einige weiterführende kritische Fragen gestellt. Er ist in seinem Artikel der Frage nach inklusiver Entwicklung und der Notwendigkeit, ausgrenzende, soziale Ungerechtigkeit produzierende Strukturen zu transformieren und somit Machtverhältnisse zu verändern, nachgegangen: *“If the development community wants to change power relationships to make them more inclusive, it must reflect on power relationships in all of its dimensions.”*

Gaventa hat somit die Herausforderung, gesellschaftliche Machtverhältnisse zu verstehen, an die gesamte Gesellschaft der Entwicklungsakteure weitergeben. Ja, er sieht dieses Verstehen sogar als Voraussetzung für gesellschaftliche Transformation.

Doch wer wird anhand der Ergebnisse dieser Analyse handeln? Ich denke, im Zeitalter globalisierter neoliberaler Ökonomie bei gleichzeitig zunehmender sozialer Ungerechtigkeit²² wird es eine Antwort geben. Das hat uns oftmals schmerzhaft auch die eigene Vergangenheit gezeigt. Bereits Karl Polanyi²³ hat in seinem Buch ‚The Great Transformation‘ von einer Gegenbewegung zur liberalen Marktwirtschaft gesprochen. Verbindet man nun das Konzept der Gegenbewegung mit den Theorien ideologischer

¹⁶ Vgl. Thania Paffenholz, 2013, Summary Results for a Comparative Research Project: Civil Society and Peacebuilding, The Graduate Institute Geneva (ccpd)

¹⁷ ACT Alliance is a coalition of more than 140 churches and affiliated organisations working together in 140 countries to create positive and sustainable change in the lives of poor and marginalised people regardless of their religion, politics, gender, sexual orientation, race or nationality in keeping with the highest international codes and standards.

¹⁸ Act Alliance, 2012, We all want a future: Addressing Inequality in the Post 2015 Global Development Agenda, S. 10 http://www.actalliance.org/resources/publications/Inequalities_ACT_A_LLIANCE.pdf (access 12.02.2014).

¹⁹ Vgl. ATTAC webpage: Free trade agreement EU-USA: Companies profit, people loose (authors translation from the German ATTAC webpage).

<http://www.attac.de/kampagnen/freihandelsfalle-ttip/hintergrund/> (access 12.02.2014).

²⁰ Vgl. Mehr Informationen über die Konferenz sind auf http://www.medico.de/themen/aktion/dokumente/beyond_aid/4553/#anmeldung zu finden.

²¹ Vgl. http://www.powercube.net/wp-content/uploads/2009/12/finding_spaces_for_change.pdf

²² Vgl. Elmar Altvater, 2013, Wachstum, Globalisierung und Anthropozän: Steigerungsformen einer zerstörerischen Wirtschaftsweise, Emanzipation Jg.3, Nr. 1.

²³ Polanyi, K. (2001), *The Great Transformation. The Political and Economic Origins of Our Times*, second edition (Boston: Beacon Press).

Hegemonie und dem von Antonio Gramsci²⁴ beschriebenen ‚war on position‘ wird erkenntlich, dass die Gegenbewegung im Kontext von Globalisierung nur eine nationen- und klassenübergreifende sein kann. Zusätzlich beschreibt Robert W. Cox²⁵ den ‚war on position‘ als einen Prozess der langsam die Kraft aufbaut, um das soziale Fundament eines neuen Staates zu errichten. Dafür werden innerhalb der Gesellschaft alternative Institutionen und intellektuelle Ressourcen entstehen.

An diesem Prozess teilnehmen werden meiner Ansicht nach v.a. zivilgesellschaftliche Akteure außerhalb der gegenwärtigen Architektur und des Systems der Entwicklungszusammenarbeit. Einige NGOs werden sich deshalb zunehmend Fragen zu ihrer Relevanz und strategischen Ausrichtung stellen müssen. Wollen sie gesellschaftstransformierend wirken, sollten sie vermehrt mit autonomen sozialen Bewegungen zusammenarbeiten und gemeinsam alternative soziale Entwicklungstheorien erarbeiten, um konkrete Handlungsansätze zu liefern, die uns aus der aktuellen, sich zuspitzenden sozial-ökologischen Krise führen können.

²⁴ Vgl. Buttigieg, J.A., 2005, „The Contemporary Discourse on Civil Society: A Gramscian Critique“ *Boundary 2*, 32(1), 33-52.

²⁵ Vgl. Cox, R. 1983. „Gramsci, Hegemony and International Relations: An Essay in Method“ *Millennium: Journal of International Studies* 12(2):162-175.

Gesellschaftlichen Wandel wiederum hat das eurozentrisch ausgerichtete Konzept von ‚Good Governance‘ kaum in Betracht gezogen. Um gesellschaftlichen Wandel anzustoßen, müssten die Entwickler des Konzepts sich über ihre eigene hegemoniale Stellung im Weltwirtschaftssystem Gedanken machen. Das vor allem auf nationalstaatlicher Ebene angewandte Konzept ‚Good Governance‘ müsste dann auf ‚Global Good Governance‘ erweitert werden. Es würde auch bedeuten, dass die Entwicklungstheoretiker, welche die Funktion der Zivilgesellschaft und das Potenzial von NGOs in den 90 Jahren gepriesen und unterstützt haben, jetzt die Institutionen und Praktiken kritisieren, die zivilgesellschaftliche Akteure, inklusive der NGOs, weltweit ausgrenzen. NGOs ihrerseits sollten ihre Ressourcen nutzen, um vermehrt ausgegrenzte Menschen bei der aktiven Identifizierung, Artikulation und Erfüllung ihrer Bedürfnisse zu unterstützen. Good Governance und Demokratisierung wird nur über die Transformation der Partizipation aller Bevölkerungsgruppen umgesetzt werden - dafür ist *Empowerment* sowohl die wichtigste Strategie als auch das anzustrebende Ziel. Sie beginnt mit dem Bewusstsein jedes Einzelnen, dass die eigenen Bedürfnisse relevant sind, und führt zu der Entschlossenheit, dafür einzutreten.

Ariane Leendertz

Die pragmatische Wende Die Max-Planck-Gesellschaft und die Sozialwissenschaften 1975 – 1985



Vandenhoeck & Ruprecht; 1. Aufl. 176 Seiten,
ISBN-10: 3525367880, ISBN-13: 978-3525367889

1984 gründete die Max-Planck-Gesellschaft ein neues sozialwissenschaftliches Institut, das Max-Planck-Institut für Gesellschaftsforschung in Köln, geleitet von Renate Mayntz. Die Neugründung war die Antwort auf ein gescheitertes Experiment, auf das sich die MPG vierzehn Jahre zuvor eingelassen hatte. 1970 hatte das Max-Planck-Institut zur Erforschung der Lebensbedingungen der wissenschaftlich-technischen Welt in Starnberg seine Arbeit aufgenommen. Seine Direktoren waren Carl Friedrich von Weizsäcker und Jürgen Habermas. Das Institut befasste sich bevorzugt mit politisch brisanten Themen, es galt als links, es politisierte und es polarisierte. Als die Forschungen von Weizsäckers 1980 nicht weitergeführt werden sollten, ging ein Aufschrei durch den links-alter-

nativen Teil der Republik. Die Berufung des renommierten Leiters der London School of Economics Ralf Dahrendorf gelang nicht, und der Rücktritt von Jürgen Habermas besiegelte 1981 das endgültige Ende des Starnberger Unternehmens. Der Ruf der MPG und ihres Präsidenten Reimar Lüst hatte gelitten, die Traditionsgesellschaft stand unter Zugzwang. Das Ende des Starnberger Instituts durfte nicht das Ende der Sozialwissenschaften in der MPG bedeuten. Das neue Institut musste erfolgreich sein und alle Fehler von Starnberg vermeiden. Ariane Leendertz zeichnet die Diskussionen und Entscheidungen nach, die zur Starnberger Schließung sowie zur Kölner Neugründung führten. Die Debatten innerhalb der Max-Planck-Gesellschaft stellt sie in den breiteren Kontext des gesellschaftlich-politischen Klimas sowie der Entwicklungen in Sozialwissenschaften und Soziologie der 1970er und frühen 1980er-Jahre. In jenen Jahren »nach dem Boom« veränderte sich die bundesdeutsche Gesellschaft derart schnell und tiefgreifend, dass dies in den Sozialwissenschaften zu einer Reihe von Krisendiskursen und Neuorientierungen führte. Diese schlugen sich maßgeblich im Gründungsprogramm des MPI für Gesellschaftsforschung nieder. Bearbeiten

Rezension von Dr. Philipp Sonntag

Mal ehrlich, niemand ist so ungeeignet, eine Rezension zu schreiben, wie ich. Damals im "MPI zur Erforschung der Lebensbedingungen ..." meinte Habermas, ich arbeitete unwissenschaftlich. Und auch ich verlor bei der Schließung des Instituts meinen Job und war wie meine Kollegen beleidigt und erbittert. Dennoch erkenne ich an: Im Buch kommt anschaulich und im Detail belegt gut rüber, wie die MPG mit "spitzen Zähnen" an den Sozialwissenschaften herumkaute - und dann doch ein interessantes neues MPI für Gesellschaftsforschung in Köln einrichtete. So ein Buch macht es künftigen Historikern und allen Zeitmaschinen-navigatoren leichter, Realität heraus zu spüren.

Nun aber mein genüsslich parteiischer Kommentar: Bei Sozialwissenschaftlern, besonders Historikern, kann es immer wieder geschehen, dass sie den eigentlichen Forschungsgegenstand weitgehend ausklammern. Stattdessen konzentrieren sie sich als eine Art Zettelkastenhistoriker auf eine Unmenge von Kommissionsberichten, Beiratsprotokollen, öffentlichen Erklärungen, juristischen Streitereien, politischen Kontroversen, allgemeinen Aussagen über Wissenschaftsmoden. So mit Sorgfalt geschehen auf einigen Seiten im Buch von Ariane Leendertz. Dort wird unser damaliges MPIL in Starnberg im ersten Kapitel auf 36 Seiten untersucht, aber es wird nur knapp in Fußnote 56 mit kurzen Projektbezeichnungen angedeutet, was überhaupt die Mitarbeiter erforscht haben. Stattdessen liest der Leser seitenlange Bewertungen, wie „enttäuschendes Ergebnis der Anhörung der Mitarbeiter“ (S.26), ... „neomarxistisch orientierte Linke“ (S.27), ... „nicht auf dem hohen Niveau der ökonomischen Analyse (S. 29); usw. von Texten, über die er praktisch nichts erfährt.

So wird dokumentiert dass der Präsident der MPG, Reimar Lüst „die Friedensforschung mit ‚Dilettantismus und Mittelmaß‘ in Verbindung brachte“, und tatsächlich

habe ich im Wildwuchs am MPIL leider oft unbefangenen Dilettantismus bei jenen beobachtet, die wenig Erfahrung im Fachgebiet hatten. Aber das galt nun keineswegs für alle Arbeiten und so wie ich Reimar Lüst kenne, wäre es ihm niemals eingefallen, etwa die zahlreichen Beiträge von Horst Afheldt auf den Pugwash Konferenzen abzuwerten. Was kann man denn überhaupt wertvolleres zur globalen Gesellschaft beitragen, als etwas zum Nichtweiterverbreitungsvertrag der Atomwaffen? Der Name von Horst Afheldt wie von anderen Mitarbeitern erscheint bei Ariane Leendertz jedoch nur ein oder zweimal, als „Gegenstand“ von Betrachtungen, hingegen nicht als aktiver Wissenschaftler mit u. a. sozialwissenschaftlich erwähnenswerter Substanz – während bereits ein Klick bei Google zeigt, dass ein Fazit von Horst Afheldt: „Arbeit wird billig wie Dreck“ nach wie vor, auch aktuell 2014, gesellschaftlich vielfach verwendet wird.

Kein langweiliges Buch könnte mich jemals so aufregen. Es ist ein tolles Buch, und ich bin (ach was, war ...) ja nur beleidigt, weil es so toll ist und ich so wenig einbezogen worden war.

Impressum BLICKPUNKT ZUKUNFT® ISSN: 0720-6194

Herausgeber: Werner Mittelstaedt und die
Vereinigung Deutscher Wissenschaftler (VDW e.V.)

Redaktionsanschrift: Ecksteins Hof 50,
D-45721 Haltern am See

E-Mail: Werner.Mittelstaedt-GZS@t-online.de

Website: WWW.BLICKPUNKT-ZUKUNFT.COM

Redaktion: Werner Mittelstaedt (v.i.S.d.P.),
Mechthild Mittelstaedt, Reiner Braun (v.i.S.d.P. für die
VDW-Informationen), Julia Pippig, Karin Schmidt

Herstellung und Gestaltung:
Werner Mittelstaedt

Verteilung: Vereinigung Deutscher Wissenschaftler
(VDW e.V.), Marienstraße 19-20, D-10117 Berlin

Druck: Kamphoven, Essen

Diese Zeitschrift ist aus 100% chlorfrei gebleichtem Papier hergestellt worden, das bei der Herstellung die ISO-Norm 14001 erfüllt.

Copyright: Alle Rechte beim Herausgeber Werner Mittelstaedt.
Für die VDW-Informationen bei der Vereinigung Deutscher Wissenschaftler (VDW e.V.).

Erscheinungsweise: 2 Ausgaben pro Jahr

Nachdruckerlaubnis: Nachdruck, auch auszugsweise, von nicht ausdrücklich mit Nachdruckerlaubnis ausgewiesenen Artikeln nur mit schriftlicher Zustimmung der Herausgeber.

Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion oder die der Herausgeber wieder.

Artikel für BLICKPUNKT ZUKUNFT können nur berücksichtigt werden, wenn sie mit einem Textverarbeitungssystem (WORD, WORKS, Word Perfect, Text) erfasst wurden und via CD-Rom oder E-Mail zur Redaktion versendet wurden.

BLICKPUNKT ZUKUNFT wird kostenlos an die Mitglieder der Vereinigung Deutscher Wissenschaftler (VDW e.V.) und an interessierte Personen und Institutionen verteilt.

Spenden: Sparda-Bank West eG, Bankleitzahl 36060591,
Kontonummer: 385620 – Stichwort: BLICKPUNKT ZUKUNFT

Impressionen zur Nachhaltigkeits-Konferenz 2013 von Julia Pippig (VDW)

Vom 22. – 24. November 2013 fand die von der Georg-August-Universität Göttingen und der VDW gemeinsam ausgerichtete Konferenz zum Thema „Nachhaltigkeit – Verantwortung für eine begrenzte Welt“ in Göttingen statt. Hierbei handelte es sich um die 2. Konferenz in der gemeinsamen Veranstaltungsreihe „Wissenschaft für Frieden und Nachhaltigkeit“, die im Jahr 2012 mit großem Erfolg ihren Auftakt erfahren hatte.

Thematisch angelehnt an das 300jährige Jubiläum des Nachhaltigkeits-Begriffes, widmete sich die Tagung der Idee der Nachhaltigkeit als Richtschnur für den verantwortungsvollen Umgang mit der Umwelt, ihrer Biodiversität und den nur begrenzt verfügbaren natürlichen Ressourcen. Ziel war es, im kritischen Diskurs mit Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern aus verschiedenen Disziplinen, Studierenden, Vertretern aus der Zivilgesellschaft und weiteren Interessierten das derzeitige Verständnis von Nachhaltigkeit und dessen Anwendung zu hinterfragen und kreative Ansätze zu einer Neuorientie-

rung zu entwickeln. Der VDW-Vorsitzende Prof. Bartosch betonte in seiner Begrüßungsrede, dass die Wissenschaft in der Verantwortung stehe eben jenes *s i c h t b a r* zu machen, was von uns allen (noch) nicht stark genug gespürt und wahrgenommen würde; hier bestehe der klare Auftrag, die Mahnungen der Experten in den gesellschaftlichen Diskurs einzubringen.

Die Tagung war nach dem bereits erprobten Konzept der Auftakt-Konferenz 2012 strukturiert. Sie begann mit einer feierlichen Abendveranstaltung, in dessen Rahmen die zwei Eröffnungsvorträge, gehalten von Prof. Dr. Randers und Prof. Dr. Beate Jessel, die großen Themablocke der Tagung vorstellten. Prof. Dr. Randers stellte die Ergebnisse seiner neuen Studie vor und stellte fest: „Global society will be facing a large number of problems. Resources, climate change, migration, income inequality, you name it. At some point we have to do something about it. As long as we don't tackle these problems at their roots, we'll be busy doing damage control.“ Dr. Jessel zeichnete die Entstehung der Idee der Nachhaltigkeit nach und fasste zusammen, dass der Nachhaltigkeits-

gedanke einen stetigen gesellschaftlichen Aushandlungsprozess benötigt: „Visionen sind wie Sterne unerreichbar, aber man kann sie mit konkreten Strategien greifbar machen. Mit Bedacht und Bewusstsein eingesetzt kann der Nachhaltigkeitsbegriff Perspektiven öffnen und tatsächlich Veränderung bewirken.“

Der Hauptteil der Konferenz fand am darauffolgenden Tag statt und war in drei Blöcke unterteilt: Einführungsvorträge, Diskussionsforen am Nachmittag und Zusammenführung dieser im Abschlussplenum, und am Abend ein vom NDR moderiertes und mitgeschnittenes Öffentliches Streitgespräch. Die Abschlussveranstaltung der Tagung fokussierte auf die Rolle der Wissenschaft und ihrer Träger im Rahmen der Nachhaltigkeitsdebatte(n) und ließ abschließend in einer Podiumsdiskussion Vertreterinnen und Vertreter verschiedener zivilgesellschaftlicher Organisationen und Studentenvertretungen zu Wort kommen.

Mehr noch als im Jahr 2012 gelang es, eine große Zahl von Studierenden von verschiedenen Universitäten für die Tagung zu gewinnen, die sich teils sehr ausführlich thematisch auf die Teilnahme an dieser Konferenz vorbereitet hatten. So gab es im Vorfeld von Studierendeninitiativen organisierte Themenworkshops und auf der Konferenz selbst vorbereitete Gesprächsrunden mit Referenten, auch aus den VDW-Reihen. Diese hervorragende Vorbereitung und daraus resultierende rege Beteiligung der Studierenden vor allem an den Diskussions- und Abschlussplena stellte eine große Bereicherung dar und trug maßgeblich zum Gesamterfolg der Konferenz bei. Die Beteiligung verschiedenster Fachdisziplinen beleuchtete die Komplexität der Thematik aus verschiedensten Perspektiven, machte aber auch deutlich, wie schwer der „Blick über den Tellerrand“ fallen kann, umso mehr, wenn es darum geht, gemeinsame Ansätze und Perspektiven zu entwickeln. Dennoch wurde wohl allen Teilnehmerinnen und Teilnehmern vor Augen geführt, dass es genau darum gehen muss, wenn wir althergebrachtes Schubladendenken überwinden und mit neuer Kreativität und Einigkeit, nämlich in Hinblick auf das zu erreichende Ziel einer gesellschaftlichen Transformation hin zu wirklich nachhaltigen Lebensstilen und einem Wachstumsverständnis, was sich hiermit vereinbaren lässt, Verantwortung für den Lebensraum unserer und zukünftiger Generationen übernehmen wollen.

Weiterhin positiv hervorzuheben ist, dass das Öffentliche Streitgespräch zum Thema „Nachhaltigkeit – Lippenbekenntnis oder Praxis?“ am 23.11.13 auch von interessierten Personen aus der Zivilgesellschaft besucht wurde. Das mit Hilfe des NDR info verwirklichte Konzept der Konservierung von Teilen der Konferenzinhalten zum Zweck der unmittelbaren Weitergabe an die Öffentlichkeit und somit Beförderung einer gesamtgesellschaftlichen Diskussionskultur bewährte sich ein zweites Mal. Der daran an-

schließende Konferenz-Treff und kleine Empfang ließ genug Raum für ungezwungenere Gespräche und Diskussionen auch in kleinen Gruppen.

Die Abschlussveranstaltung wurde vom Niedersächsischen Minister für Umwelt, Energie und Klimaschutz Stefan Wenzel eröffnet, der direkt aus Warschau von der Weltklimakonferenz nach Göttingen gereist war und seine Erfahrungen mit den Konferenzteilnehmern teilte. Dies stellte eine besondere Bereicherung für die Konferenz als Ganzes dar, da so die Aktualität und Dringlichkeit der Nachhaltigkeitsdebatte eindrucksvoll vor Augen geführt und mit den aktuellen politischen Ereignissen auf der „Weltbühne“ verknüpft werden konnte. Der Minister fasste zusammen, er habe in den vergangenen Tagen gelernt, dass es auf unseren eigenen Beitrag und den europäischen Beitrag ankommen würde, um die Entwicklung einer nachhaltigkeitsorientierten Klimapolitik voranzutreiben. Der Ansatz zu mehr Verantwortung in der Wissenschaft sei genau richtig, um nötige Rahmenbedingungen zu setzen und die Politik in ihrem Handeln zu binden.

Die darauffolgenden Vorträge von Prof. Dr. Beisiegel (Universitäts-Präsidentin) und Prof. Dr. Schneidewind (Präsident des Wuppertal Institut für Klima, Umwelt, Energie) ebenso wie die anschließende Podiumsdiskussion betonten die Rolle und vor allem Verantwortung, die die wissenschaftliche Forschung und Lehre bei der Entwicklung neuer Konzepte und gesellschaftlichen Transformationsprozessen innehat. Die Universitätspräsidentin betonte, dass es keine Fachrichtung gäbe, die nicht zu einer nachhaltigeren Entwicklung beitragen könne. Die Herausforderung der Forschung und Lehre sei es, dieses Wissen durch die Studierenden in alle Felder weiterzutragen; das Ziel müsse sein, mit qualitativ bestmöglicher Forschung ein Optimum neuer Erkenntnisse zu gewinnen, um zur Lösung der drängenden globalen Fragen beitragen zu können.

Auch die zweite Konferenz in der Reihe „Wissenschaft für Frieden und Nachhaltigkeit“ führte erfolgreich Erkenntnisse und Experten aus verschiedenen Disziplinen zusammen und zeichnete sich dank der großen Studierendenbeteiligung durch spannende Diskussionen aus. Hier zeigte sich des Öfteren, dass Disziplinen übergreifende Perspektiven leichter gesagt als umgesetzt werden und noch viel Diskussions- und „Umdenker-Bedarf“ vorhanden ist – im „Mikrokosmos“ Hochschule und, ganz wichtig, auch im innergesellschaftlichen Dialog. Die unmittelbare Herausforderung für die nächsten Jahre wird sein, diese Prozesse gezielt voranzutreiben und die jüngeren Generationen aktiv miteinzubinden. Daher ist es besonders begrüßenswert, dass die Kooperation zwischen der Georg-August-Universität Göttingen und der VDW auch im Jahr 2014 fortgesetzt wird.

Konferenz 2013

Nachhaltigkeit – Verantwortung für eine begrenzte Welt

Grußworte von Prof. Dr. Ulrike Beisiegel

Ihnen allen ganz herzliches Willkommen hier heute in der Aula.

Ich möchte natürlich einige besonders begrüßen und ich freue mich sehr Herrn Doktor Krull, unseren Stiftungsratsvorsitzenden, der uns auch den Anschlag für diese Tagungsreihe gegeben hat; Herrn Oberbürgermeister Meyer – auch die Stadt unterstützt diese Aktivitäten, die wir hier in der Universität tun; und natürlich die Sprecher des heutigen Abends – Professor Jürgen Randers (I am glad you are here. Welcome in Göttingen; er ist aus Norwegen von der Norwegian Business School), Frau Professor Beate Jessel, Präsidentin

des Bundesamtes für Naturschutz (ganz herzliches Willkommen Ihnen), willkommen zu heißen. Ich begrüße natürlich auch die Partner, die wir hier heute Abend haben von der VDW, die mit uns die Tagung organisiert – stellvertretend Herr Professor Bartosch – Vorsitzender der VDW und von der Katholischen Universität Eichstätt-Ingolstadt; für den NDR, der auch Partner ist Frau Bosse; und besonders begrüßen möchte ich vor allen Dingen und ich glaube das ist ganz toll, wir haben nämlich viele Studierende hier heute und die möchte ich ganz besonders begrüßen; ich finde das toll, dass dieses Thema auch Sie motiviert. Natürlich

begrüße ich alle Kolleginnen und Kollegen und alle Teilnehmerinnen und Teilnehmer der Tagung. Die Tagung ist auch durch das Land unterstützt und das Land wäre gerne in Form der Wissenschaftsministerin Heinen-Kljajic hier gewesen, konnte aber nicht; lässt erstens grüßen und zweitens wird am Sonntag der Umweltminister Herr Wenzel bei uns sein. Ich glaube jeder weiß, warum er jetzt nicht hier sein kann, weil er nämlich noch in Warschau ist, aber er wird uns dann auch direkt berichten können von dort.

Diese Tagung ist die zweite in der Reihe „Wissenschaft für Frieden und Verantwortung“ und nachdem wir uns im letzten Jahr mit dem Thema „Welternährung und Armutsbekämpfung“ befasst haben, steht diese Tagung in diesem Jahr ganz unter dem Eindruck des 300-jährigen Jubiläums des Begriffes „Nachhaltigkeit“, denn 1713 forderte Hans Carl von Carlowitz – ein Oberbergbauhauptmann aus Sachsen, dass immer nur so viel Holz geschlagen werden sollte, wie durch Säen und Pflanzen wieder nachwachsen kann. Und ich denke, das ist eine kluge Entscheidung gewesen und damit ist auch der Begriff der forstwirtschaftlichen Nachhaltigkeit verbunden. Heute brauchen wir diesen Begriff allerdings primär im Sinne des Brundtland-Berichtes aus 1987, als nachhaltige Entwicklung oder „sustainable development“. Bei diesem Begriff der Entwicklung müssen Umweltgesichtspunkte genauso wie ökonomische und soziale Aspekte berücksichtigt werden und in dem Brundtland-Bericht wird die nachhaltige Entwicklung ja definiert als Entwicklung, die die Bedürfnisse der Gegenwart befriedigt, ohne zu riskieren, dass künftige Generationen ihre Ansprüche, Ihre Bedürfnisse nicht mehr befriedigen können. Wobei Bedürfnisse natürlich hier auch heißt Grundbedürfnisse und nicht vielleicht das, was man alles noch so haben wollen würde.

Heute ist der Begriff „Nachhaltigkeit“ in aller Munde. Darüber könnten wir uns freuen – wir müssen aber glaube ich auch immer ein bisschen kritisch hinschauen, ob es wirklich der Begriff im eigentlichen Sinne ist, der gemeint ist oder nur so etwas wie ein Verkaufsschlager. Diese kritische Diskussion wollen wir führen und damit komme ich zum Ziel der Tagung – „Nachhaltigkeit – Verantwortung für eine begrenzte Welt“. Diese Verantwortung liegt natürlich bei uns allen als Personen, aber auch natürlich in der Wissenschaft, der Wirtschaft und der Politik. Für uns als Universität ist es ganz primär die Wissenschaft, also als Präsidentin sehe ich die Universität als einen Ort, wo Erkenntnisgewinn da ist, der natürlich Strategiekonzepte und Methoden zur nachhaltigen Entwicklung bereitstellen sollte. Und ich bin sehr froh, dass in dieser meiner Universität, die ich als Präsidentin mit vollem Herzen angenommen habe – dass in dieser Universität viele Kolleginnen und Kollegen sich diesen relevanten Fragen stellen und sich mit den Themen beschäftigen, wie können wir zu einer nachhaltigen Entwicklung kommen und allen diesen Kollegen ganz besonderen Dank hier und heute.

Unsere Tagung soll nicht nur ein Ort sein des wissenschaftlichen Austausches. Uns ist sehr wichtig, dass wir ganz konkret in den Dialog eintreten mit der Öffentlichkeit, der Politik, auch den NGOs, die ja gestern ein demonstratives Zeichen gesetzt haben. Wir wollen, dass unsere Erkenntnisse aus der Wissenschaft dort diskutiert werden (also hier, auf unserer Tagung) und dass wir natürlich diese Erkenntnisse auch einfach zur Verfügung stellen für die Diskussion. Ein Diskurs auch zwischen unterschiedlichen Herangehensweisen an die Fragestellung soll insbesondere morgen Abend in dem Streitgespräch geführt werden, das Thema: „Nachhal-

tigkeit – ein Lippenbekenntnis oder gelebte Praxis?“ (eine spannende Diskussion, Sie sind herzlich eingeladen). Dieser Diskurs soll aber auch die Frage sein in den Foren, die morgen Nachmittag stattfinden: „Governance für Nachhaltigkeit“ (etwas, wo wir uns als Hochschulleitung sicher auch mal Gedanken machen müssen), „Klimaentwicklung und Landnutzung“, „Nachhaltige Lebensmittel“, „Die Rolle der Ökonomie in der Nachhaltigkeitsdiskussion“ – ich glaube, dass sind ganz spannende Fragen und ich bin ganz sicher, dass es Gelegenheit geben wird sich darüber auch zu streiten. Als Präsidentin ist mir besonders am Herzen, dass in diese Diskussion sich dieses Jahr die Studierenden ganz aktiv einmischen werden, nämlich die Studierenden, die hier an unserer Universität mit dem Herrn Ammer, dem Dekan der Forstfakultät, der auch ganz maßgeblich mit an der Vorbereitung der Tagung gearbeitet hat, dass diese Studierenden hier sind und sich aktiv einbringen und ich weiß, dass auch viele Studierende von anderen Universitäten da sind, insbesondere auch ist die Katholische Universität Eichstätt-Ingolstadt und die haben auch letztes Jahr schon viel gemacht. Ich finde, das ist das, was wir wollen, denn Wissenschaft für alle, die Interesse haben zur Diskussion bereit stellen und ich denke, gerade für die Studierenden sollte auch das Thema des Sonntags „Verantwortung der Wissenschaft für eine nachhaltige Entwicklung“ ein Thema sein, was vielleicht wichtig ist für die Zukunft derjenigen, die in die Wissenschaft gehen sollen (also die Fragen, was wird aus den Ergebnissen, die wir erarbeiten und welchen Forschungsthemen wenden wir uns zu). Dass das Thema „Nachhaltigkeit“ auch ein ganz wichtiges Thema in vielen großen Forschungseinrichtungen ist, freut mich immer wieder wenn ich es höre. Regenerative Energie, effiziente Energienutzung sind große Themen im Forschungszentrum Jülich; ich habe gerade heute im Senat der Max-Planck-Gesellschaft wieder einen Vortrag gehört über wie kann man bei bestimmten Insekten Moleküle, die die Insekten riechen können einsetzen, um vielleicht Herbizide zu ersetzen. Also ich glaube das sind Themen, die in der Wissenschaft an vielen Stellen angekommen sind und in diesem Sinne wünsche ich mir für uns in den nächsten Tagen eine spannende Diskussion.

Bevor ich jetzt meinem Kollegen Bartosch das Wort gebe, möchte ich kurz jetzt schon ankündigen, wir werden nicht heute, sondern morgen einen Tagungstreff haben, das heißt morgen Abend nach dem Streitgespräch werden wir drüben in der Alten Aula mit Ihnen diskutieren und einen Wein trinken und ein bisschen miteinander einen sicher spannenden Tag ausklingen lassen.

Und last but not least geht mein Dank an diejenigen, die uns geholfen haben, diese Tagung vorzubereiten, Herrn Ammer hatte ich eben schon genannt mit seinen Kollegen und Kolleginnen und den Studierenden, aber ganz besonders auch von der VDW Reiner Braun und sein Team, die uns aktuell auch hier vor Ort noch sehr viel geholfen haben und natürlich Tomas Richter, Leiter der Abteilung Öffentlichkeitsarbeit und Regina Lange, die weit mehr als man das so für eine Universität tut, sich engagiert haben für diese Tagung und dafür sage ich ganz herzlichen Dank und wünsche Ihnen jetzt einen wunderbaren Abend.

Transkription 22.11.2013

Vortrag von Prof. Dr. Jørgen Randers, Professor für Klimastrategien an der BI Norwegian Business School auf der Konferenz „Nachhaltigkeit – Verantwortung für eine begrenzte Welt“ an der Universität Göttingen am 22.11.2013

Good evening! I am delighted to be invited to come here and talk to you about the challenge facing humanity when trying to make an attractive society on our small planet.

I should start by saying that you have in front of you a depressed man with a smiling face. I have spent 40 years working for sustainable development. And I have failed. The world today is less sustainable than when I started my work 40 years ago. As a consequence, a couple of years ago, I changed strategy. Instead of continuing my 40 years of promoting wise policy (that is trying to make the global systems of governance – primarily democracy and capitalism – change their policies and decision procedures) I decided to try to describe as clearly as I can what will be the result of continuing the decision-making style that we have been pursuing over the last 40 years. Basically, my hope was that by painting the picture of what will actually happen if we continue as we do, I would “kick” society into action. In a manner that I have not been able to achieve during the last 40 years. So this is what my talk tonight is all about. It is of course made in order to stress the importance of sustainable development and to encourage other people to continue to fight for a more sustainable world.

40 years ago my friends and I wrote *The Limits to Growth*. This is a tiny book; it contains 12 scenarios for the world future – 12 pictures of how the world could evolve from 1970 to the year 2100. Six of those stories were sad stories, where something went wrong in the beginning of the 21st century: either there was too little food, or too little resources, or too much pollution, or too many small challenges at the same time. Six of the stories were positive stories, where humanity managed in one way or the other to create a certain degree of sustainability in the 21st century. The central message of *The Limits to Growth* in 1972 was, however, that we did not know enough at that time to tell which of the 12 futures was the most likely. So all we could do was to recommend to you, the people of the world, should pursue the positive stories, the good stories, the sustainable stories. And we drew a few very general conclusions like:

1. The planet is very small
2. If growth continues, as it had up to 1972, for another hundred years, global society would overshoot the sustainable carrying capacity of the planet
3. Once in overshoot, once one has allowed the system to expand beyond what can be sustained in the long run, there is only one way back – *down*. Either through managed decline, or through collapse – leaving it to the market or to nature to reduce human activity.

Now we are 40 years down the line and we have learned a lot. We know, for instance, that growth has indeed continued for 40 or more years. The population of the world, the ecological footprint of the world, has continued to increase. Secondly, we do know that the unbelievable has happened. The world – global governance – has allowed human activity to expand beyond what can be sustained in the long run. The simplest proof of this can be found in the climate arena. Every year humanity emits into the atmosphere twice as much CO₂ as is being absorbed by the forests and the oceans of the world during that year. The difference accumulates in the atmosphere and the higher the concentration of CO₂ is in the atmosphere, the higher will be the temperature. Sadly, this increase will continue until we stop pumping CO₂ into the atmosphere: We are in unsustainable territory and need to get out of it. The third conclusion after 40 years is that resources have not run out. At least not yet.

We have learned even more over the last 40 years. So much that I believe it is now possible to make a forecast about what will happen over the next 30 to 40 years. It is not possible to tell what will happen over the next 130 years. But on the shorter time horizon of one generation it is possible to predict what will actually happen. One generation is so short

that humanity will not have the time to modify its preferred systems of governance – to modify democracy and capitalism – that actually determines the future. Hence it is possible to tell at least in broad outline what will happen, and this is what I have done in the 2052 book. The forecast is based on a lot of numbers, a lot of statistics, and some mathematics – all of which is available on the book website called www.2052.info. If you want to, you can go there and check the whole thing out for free. And there is of course the book, now in 6 languages, including German and Chinese.

I divided the world in 5 regions: the United States, China, the rest of the industrial world, the 14 largest emerging economies, and the residual category, which are the 140 remaining countries, largely poor and largely small. Then I made a forecast for each of these 5 regions and the sum of the regional forecast is my global forecast. In the following will give you a few of the main elements of the global forecast. For all the regional detail, read the book.

The first conclusion when you try to describe what will actually happen over the next 40 years is that that the world population will peak at roughly 8 billion people in 2040 – and be in decline in 2050. This is happening because the women of the world are going to continue the spectacular decline in fertility from 4 ½ children per woman in 1970 on average to 2 ½ today, down to 1 ½ children per woman in 2050. In the rich world, women are going to continue to choose a career, rather than choosing more children. In the poor world women are increasingly living in urban slums, where it does not make sense to have a big family because of the high cost of food and education in the slum. The result is that the world population will not become as big as you think it will be – and will be in decline already 40 years from now.

The second conclusion pertains to the world economy. The world economy can be thought of as the world labor force, the number of hands, multiplied with the productivity of those hands. The world labor force will of course peak – because the population peaks – and be in decline before 2050. Then comes the question: “What about productivity growth?” – “What about the growth in the annual output of goods and services per citizen?” My forecast is that in the rich “OECD” world you will see stagnation in total productivity, which means that the total GDP of the rich world will basically follow the population developments over the next 40 years. The explanation is simple, although many economists do not seem to get the point. In short, when a country goes through the economic development from agricultural society to a post-tertiary society, what happens is the following. You start in a situation where most people work in agriculture, then you add tractors and energy and you can move some people into manufacturing. Then you add more machinery, and you can move people into simple office work. Then you add a computer and you can move people into other services, entertainment, health and finally into social care sectors. The richer the country, the more the people are working in the “soft” sectors of services and care. And now comes the central point: the rich world has already completed the simple part of the task, which is to increase productivity in the primary and secondary sectors of the economy. Now what remains is to increase productivity among workers in the soft, hard to robotize, sectors – like caring for me in the old person’s home, where I will be in 3 or 4 years. This will be much more difficult than to increase productivity in agriculture and manufacturing. As a result, the rich world economy will hardly grow (on a per capita basis) over the next 40 years. On the other hand some of the emerging economies will follow the path of Japan, South Korea and now China – growing quickly from an agricultural society to the typically Western industrial state. As a total result the world economy will not be 4 times as big in 2050 as it is today, which is what it would have been if it continued to grow at 3 ½ %, it will only be twice as big.

The third thing you should understand about the future is that global society will be facing a large number of problems: depleted resources, pollution, climate damage, the need for

climate adaptation, income inequality, you name it. These problems are just "waiting" to be faced, and as time passes by we will *have* to do something about them. As an example, the US (and other rich nations) that are unwilling to spend money up front to reduce climate gas emissions then will experience hurricanes which makes it necessary to repair New Jersey or New Orleans afterwards. And this same mechanism is going to affect the whole world: because we will not solve problems ahead of time, the sea level will rise, and the Dutch will have to heighten the dikes around their country. So although the GDP will double over the next 40 years, global society will be forced to spend so much labor and capital on repair and adaptation that global consumption will level off before the middle of the century. These resources, which could otherwise have used to produce consumer goods, we will have to be used for infrastructure repair.

These are the three things you should try to remember from my talk:

1. That population growth will be slower than you think
2. That the economic development will be slower than you think
3. And that global society will be forced to do a number of things, that we should have done up front (if we were rational).

Once you know this it is quick to calculate how much energy the world is going to use. Energy efficiency (energy use per unit of GDP) will continue to increase, as it has done so over the last 40 years. Renewable energies will continue to increase, although slowly, because it is more costly than what is being competed away. If you do the calculation you will discover that global energy use will peak around 2035 and decline thereafter. What future CO₂ emissions will arise from the production of this energy? It is simple to tell that global society will not cut the 50 to 80% in the greenhouse gas emissions by 2050, which is necessary in order to keep global warming below +2°C. The calculation shows that CO₂ emissions in 2050 will be exactly the same as they are today. In other words, we will cut 0% from 2010 to 2050. The main difference is that in 2010 emissions were going up at 3% a year; in 2050 they will be going down at 3% a year. And the reason why the emissions will go down at 3% a year in 2050 is not that we will reach a global agreement, it is because at that time the global economy will be close to stagnation, the energy intensity is still going down, and low-carbon energy sources are gradually taking over from the fossil ones. In 2050 40% of all energy will be from renewable sources, 60% will still be from fossil, but going down.

As a result of this pattern of CO₂ emissions, the global average temperature will continue up, from the current level of +0.7°C over pre-industrial time, to +2°C over pre-industrial time in 2050. And then up to +3°C in 2080 before it levels off. The sea level rise will be of the order of 30 cm in this period, which will not bother Norwegians very much – because of their steep coast line – but of course will be a problem for Bangladesh. But then on the other hand the Indians have already started to build a fence, in an attempt to keep the Bangladeshi at home. One Pacific Island has already bought land from the Church of England in the Fiji Islands, so they at least have a place to go, when they gradually sink in the ocean. By listing these cases I am just trying to say that the next 40 years on the climate front will not be a catastrophe, but it will be very unpleasant. It will be an endless sequence of dry weather or wet weather, extreme wind and downpour, birds who do not know when they should fly from here to there, and the farmers would do not know when they should plant, what they should plant, when they should apply pesticides, to what kind of pests etc. In sum it will be a grey and sad story, but sadly not one involving a great disaster, which might kick democracy into action. We will not get the help from an "external enemy" to finally pull ourselves together and do something.

To summarize, what I am saying is that over the next 40 years both population growth and GDP growth will slow, but "by themselves", by human decisions, not because of planetary constraints. Population growth will stop because women will choose to have fewer children. The economy will slow, be-

cause economists and politicians will not be able to create the type of growth that they will be working very hard to try to achieve. So the situation will be very similar to what it has been the experience in Europe over the last 10 years: a long flat trend, around which there is an alternating business cycle. An endless walk in an undulating desert.

The important point, though, is that this slower growth in population and GDP will still be fast enough to emit enough CO₂ to lift the average global temperature up to the +2°C limit - which is the internationally agreed danger threshold - by 2050, and then further up in the second half of the century. But there are some good news too: Because of the lower demand arising from the smaller and poorer population, there will be no resource shortages over the next 40 years. There will be enough oil, coal, gas, food, lithium (for the electric batteries for all the cars), water, you name it - there will be enough to cover demand backed by money. This may conflict with what you think you know about resource availability in the world. And the conflict is not because the reports you may know are wrong on the supply side, it is because those reports are wrong on the demand side: most of the analyses that people rely on, assume that there will be 10 billion middle class people in the world in 2050. And I agree that if there were 10 billion middle class people in 2050 - yes, then there would not be enough food, oil, gas, and the like. But there won't be. There will only be of the order of 5 billion middle class people in 2050; the rest of the population will be poor people. This is a necessary consequence of the lower GDP. It basically means that there will be more poverty than there would otherwise have been.

But I ask you to remember one thing: when I say there will be enough food, it does not mean that there will not be starvation. The reason is that starvation occurs because of lack of income, not because the world is incapable of producing more food. This was the reason for starvation in 1972. It is the reason for starvation now, and will be the reason for starvation in 2050. People starve because they can't pay enough to pay farmers in other parts of the world to produce more food. They do not starve because we cannot produce more food on the planet. I believe the world can produce 2 to 3 times as much food on a sustainable basis as we do today. The poor African starves because he does not have sufficient income to be able to pay the Ukrainian farmer to utilize excess land in Ukraine grow food and send it to Africa.

Then I will ask an important question (before you do): How can this arrogant bastard from Norway be so sure that he is right? The answer is: because it is the cheapest solution. This 2052 forecast represents what will happen, if consumers, corporations, nations and regions choose, whenever there is a choice, the cheapest solution. And the sad fact is that I believe they will continue to do so. The 2052 forecast will be proven right because consumers are going to continue to pursue their short-term interest - minimum price; corporations are going to pursue maximum profit; and the nation (supported by the macro-economists) are going to pursue cost-effective solutions and the nation's short-term interest. So "short-termism" - another word for systematical choice of the cheap solution - will prevail, and generate the 2052 forecast. To convince me that I am wrong, you have to convince me that voters suddenly will start choosing more expensive solution than the cheapest, in other words - go for higher taxes than the lowest tax, or go for more expensive gasoline or go for higher price of electricity.

Some optimists believe that the market will solve the problem; that capitalism will solve the problem. I don't think so. Capitalism is made to allocate capital to the most profitable project. That is what we learn, we teach - that is what capitalism does. And that is of course exactly what we do not need at this point in time. We need to allocate capital solar panels and windmills even though they are much more expensive than the cheapest alternative which is coal fired utilities. In the same vein we need to build electric cars, although fossil cars are cheaper. And so on.

Other optimists think that the state, the law-makers, can solve this problem by seeking to align the interest of the corporation with the interest of society. To them I say "good luck". This is what we have been trying to do for the last 20

years in the simplest of the simplest case – namely to put a price on carbon emissions. And here we are after 20 years of talking and all we have got is an insignificant carbon price of 5 euros per ton of CO₂, when we need 50.

In summary, we are in the interesting situation that the short-term nature of the human being, as reflected in his pet institutions of democracy and capitalism, will ensure that we will continue to choose what is the cheapest or most profitable in the short-term. Ironically this makes it simple for forecasters like me to calculate (in broad strokes) what we will actually decide to over the next generation or so.

Let me start the summing up. First, when your spouse asks tomorrow: "What did he say?" you should say the following. "He said that the world population and economy will grow more slowly towards 2052 than most people expect, but still fast enough to generate a climate crisis. Then he said that consumption will stagnate, because world society will have to spend ever more on repair and adaptation. And finally he said that the short-term nature of man, reflected in the short-term focus of democracy and capitalism, is the root cause of this development." Simple!

Second part of the end – and here I will try to introduce some hope to reduce your depression with my sad message. A much better future is possible! There is nothing that locks us to pursuing short-term behavior. It is technically possible to solve the climate problem and it is actually not very expensive. All we need to do to solve both the climate problem and all the other environmental problems is to move roughly 2% of the work force and 2% of the capital of the world from "dirty" sectors to "clean" sectors. So all we need to do is to take 2% of those guys that currently build fossil cars and force them to make electric cars. We need to take those people that build coal fired utilities and force them to make windmills and solar panels. We need to take those people that currently build huge apartments with thin walls that require a lot of air conditioning and force them to build slightly smaller apartments with thicker walls, so that they do not need so much air conditioning. And so on. This is in rough terms the conclusion of numerous analyses done by serious analysts (including UNEP) of big is the structural shift necessary. The answer is always: of the order of 2% of the GDP. This means that if we decided to solve the problem, we would have to postpone consumption growth by a year or so. We would be as rich in December 2024, as we will now be in February or March of 2024. But although 2% is little, it is more costly than doing nothing. Hence short term society will choose to do nothing.

Usually I stop my talk at this point, omitting my 6 point plan of what should be done to improve the outlook for the next forty years. I normally drop the plan, to save me from having to hear the audience tell me that this will never be

agreed in societies focused on short term benefit. I agree – it is unlikely to be done.

But, anyway, here are the six things that should be done:

1. We need to further slow population growth, and first by introducing the 1-child-family in the rich world. It is rich babies, like my daughter of 30, which is the real problem in the world with a footprint 20 to 30 times bigger than that of an Indian child.
2. We need to cut CO₂ gas emissions quickly. The easiest way to do this is to ban – first in the rich world – the use of coal, oil and gas from 1st of January 2024. We know how to replace the fossil fuels, it is just a question of cost.
3. The third thing we should do is to give quick help to the world's poorest by allocating all our development aid into building a low carbon energy system in their world and give it away. Cheap energy is the most important element of poverty reduction.
4. Then we need to reduce the ecological footprint (the resource use and the pollution output) of rich world citizens. This could most simply be done through more compulsory vacation – starting the move towards a gradual lowering of the productive capacity of the economy, by forcing people not to work as many hours per year as they do now. This will reduce production, and ultimately consumption. The advantage is that short-term society might actually support the idea of more vacation, because they don't see the long term effect. Which in this case would be beneficial.
5. We need to temper national short-termism. This can be done by establishing super-national institutions that order nations like Germany, the US and Norway to do things that the local voters don't like. Like reducing CO₂ emissions to 2 tons of CO₂ per person per year
6. And finally, since incomes are not going to grow over the next 40 years, why don't we use this opportunity to change the goal of modern society from income growth to growth in well-being?
So this is what the fight for sustainable development is all about. At the deepest level it is about convincing the current generation to make a sacrifice, which is bigger than zero, but not very big, in order to get an uncertain advantage for children and grandchildren 30 to 60 years down the line. This is very difficult; but it needs to be done.

In eigener Sache – die Zukunft von BLICKPUNKT ZUKUNFT

Seit der Ausgabe 50 wird BLICKPUNKT ZUKUNFT gemeinsam von mir und der Vereinigung Deutscher Wissenschaftler (VDW e.V.) herausgegeben. Im Spätsommer 2009 entstand die Idee von Reiner Braun und dem damaligen Vorsitzenden der VDW Stephan Albrecht mit BLICKPUNKT ZUKUNFT zusammenzuarbeiten. Ein wichtiger Grund: In vielfacher Hinsicht waren die Themen, mit denen sich BLICKPUNKT ZUKUNFT seit dem Jahr 1980 beschäftigt, eng mit den Themen der VDW verbunden. Ein zweiter Grund bestand darin, dass in BLICKPUNKT ZUKUNFT als Mittelteil oder Inlay immer vier Seiten VDW-Informationen erscheinen sollten. Seit dem Jahr 2009 sind nun elf hervorragende Ausgaben von BLICKPUNKT ZUKUNFT in Zusammenarbeit mit der VDW erschienen.

Mit dieser Ausgabe 60 endet nun die sehr gute gemeinsame Zusammenarbeit. Zu danken ist hier

insbesondere Reiner Braun, der für BLICKPUNKT ZUKUNFT hervorragende Beiträge von namhaften Persönlichkeiten zur Verfügung stellen konnte. Großen Dank auch an Julia Pippig (seit Ausgabe 56) und Moritz Rehmet (bis Ausgabe 55) für die konstruktive und angenehme Zusammenarbeit.

Gründe für die Beendigung der Zusammenarbeit mit der VDW sind u. a. schon längere Überlegungen meinerseits, BLICKPUNKT ZUKUNFT zwar noch weiter herauszugeben, aber nicht immer zwei Ausgaben pro Jahr und mit einer wesentlich kleineren Print-Ausgabe, darüber hinaus belasten mich zahlreiche andere publizistische Aktivitäten und sonstige Verpflichtungen. Hätte ein Tag mehr als 24 Stunden Zeit, dann würde ich die Zusammenarbeit gerne beibehalten.

Werner Mittelstaedt, 31. März 2014